

17. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Fahrradgerechte Stadt (II): Schneller und sicher ans Ziel

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, geeignete Routen für die Einführung der grünen Welle für RadfahrerInnen zu identifizieren sowie einen Zeitplan für deren Umsetzung zu erarbeiten.

Darüber hinaus wird der Senat aufgefordert, ein Pilotprojekt zur sogenannten Idaho-Regelung in Berlin durchzuführen. Das Pilotprojekt soll durch Studien begleitet werden. Die Idaho-Regelung ermöglicht es RadfahrerInnen an entsprechend ausgeschilderten Ampelkreuzungen nach rechts abzubiegen oder geradeaus zu fahren, sofern die Verkehrssituation dies trotz Rotampel erlaubt. Der Senat soll das Pilotprojekt möglichst in Kooperation mit der Bundesregierung durchführen und sich bei positivem Ergebnis für eine bundesweite Regelung einsetzen.

Dem Abgeordnetenhaus ist drei Monate nach Beschlussfassung zu berichten.

Begründung:

Grüne Welle für den Radverkehr

Auf vielen Hauptverkehrsstraßen kommen RadfahrerInnen in Berlin nur im Schneckentempo voran, da sie an jeder Ampel anhalten müssen. Im Gegensatz zu anderen Städten wie Kopenhagen ist die Grüne Welle für RadfahrerInnen in Berlin – bis auf eine Pilotstrecke – noch pures Wunschdenken. Daher sollten auch in Berlin weitere geeignete Routen für eine grüne

Welle identifiziert werden. Besonders attraktiv dafür erscheinen Straßen im Fahrrad-Haupttroutennetz sowie Fahrradstraßenrouten.

Berliner Pilotprojekt zur „Idaho-Reglung“

Da die Beschleunigung des Radverkehrs nicht immer mit der ÖPNV-Beschleunigung und der Grünen Welle für den motorisierten Individualverkehr in Einklang gebracht werden kann, setzen mehrere Städte weltweit auf eine Art "Grünen Pfeil" für den Radverkehr, der an speziell beschilderten Kreuzungen das Abbiegen und Überqueren der Kreuzung unabhängig von den Lichtsignalanlagen ermöglicht, sofern es der Verkehr ermöglicht. Den Ursprung hat die Idee in im US-Bundesstaat Idaho, wo es Fahrradfahrern seit 1982 erlaubt ist, ein Stoppschild wie ein Schild "Vorfahrt gewähren!" und eine rote Ampel wie ein Stoppschild zu behandeln.

Die bisherigen Erfahrungen in Bezug auf die Verkehrssicherheit sind auch in anderen Städten in den Niederlanden, Belgien und Frankreich sehr gut. Die Regelung wurde über mehrere Jahre in Strasbourg, Bordeaux und Nantes evaluiert. In dieser Zeit kam es zu keinem einzigen Unfall, der auf die Regelung zurückgeführt werden konnte. Auch laut der Pariser Stadtregierung hat die dortige Erprobungsphase gezeigt, dass es zu keiner Unfallhäufung oder Zunahme von Konflikten zwischen VerkehrsteilnehmerInnen kam, sondern vielmehr bestimmte Konflikte zwischen Autofahrer/-innen und Radfahrer/-innen – wie beispielsweise die Gefahr des Toten Winkels beim Rechtsabbiegen – verringert wurden.

Zudem blieben die RadfahrerInnen auf den Straßen und benutzten nicht mehr den Gehweg, um die Ampel zu umgehen. Daher sollte sich Berlin gegenüber der Bundesregierung für ein Pilotprojekt in Berlin und die Einführung einer entsprechenden Regelung einsetzen.

Berlin, den 22. September 2015

Pop Kapek Gelbhaar
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen